

Wilsdruffer Tageblatt

Presseverleger Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Preiszeitung monatlich 4 Mk. durch unsere Postträger gratis in der Stadt monatlich 4.40 Mk. auf dem Lande 5.00 Mk. Durch die Post bezogen durchschnittlich 13.50 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten und Postämter sowie andere Kaufleute und Geschäftsleute können jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Wechselkurse, Ankauf oder sonstiger Preisveränderungen bei der Redaktion können wir auch auf Lieferung der Zeitung oder Änderung der Preisverhältnisse.



Zustellungspreis 1 Mk. für die sechs wöchentlichen Ausgaben über deren Anzahl, Kostenpreis 10 Mk. Nettoamt 1.20 Mk. Bei Abnahme von mehr als 100 Exemplaren wird ein besonderer Preis vereinbart. Bestellungen sind an den Verlag zu richten. Jeder Abbestellung ist ein Brief zu schreiben, der den Namen, den Wohnort und die Anschrift des Bestellers enthält. Jeder Abbestellung ist ein Brief zu schreiben, der den Namen, den Wohnort und die Anschrift des Bestellers enthält.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Weissen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt

Nr. 83.

Sonntag den 10. April 1921.

80. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Fettverteilung. Auf den Abschnitt U der Landesfettkarte und auf die Krankenbutterkarten werden auf die Zeit vom 11. bis 17. April 1921 50 Gramm Butter ausgegeben.

Kartoffelverkauf. Die städtischen Kartoffelvorräte sollen, da uns genügend Kellerräume nicht zur Verfügung stehen, verkauft werden. — Wir geben damit allen unseren Einwohnern zum letzten Male Ge...

legenheit zur Eindeckung. — Preis der Zentner 38 Mark. — Haushaltungen, denen die Bezahlung nicht sofort möglich ist, erhalten Bestätigung des Kaufpreises. — **Entnahme der Bezugskarten und Bezahlung** am 11. und 12. April Zimmer Nr. 2. — Die Verkaufsstelle werden noch bekannt gegeben. — Wilsdruff, am 9. April 1921. 3379 Der Stadtrat.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Die Note der Reichsregierung über Oberschlesien betont, daß eine Teilung dieses Gebietes völlig unmöglich sei.
- * Wegen des geplanten Raubes der Monchsauer Bäder und des Bestehens einer bestimmten Grenze zwischen Deutschland und Polen hat die deutsche Regierung bei den alliierten Regierungen eingehende Vorstellungen erhoben.
- * Unter den von Briand ins Auge gefassten neuen Gewaltmaßnahmen wird jetzt von der französischen Presse die Belegung des Ruhrgebietes namhaft gemacht.
- * Bei ihrer Wiedertage gegen die Türken verloren die Griechen über 8000 Mann und viele Offiziere.
- * Ex-Präsident Wilson erklärte über den Kriegsausbruch, daß er ursprünglich gar kein besonderes Entschlossen sein sollte.

Deutschlands Note über Oberschlesien

Unbedingte Einheit Oberschlesiens.
Der Interalliierten Kommission in Ohlsdorf und den alliierten Regierungen ist eine deutsche Note überreicht worden, welche den Gesamtkomplex der ober-schlesischen Fragen behandelt und unter Hinweis auf die Ergebnisse der Volksabstimmung auf die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Oberschlesien und Deutschland sowie auf die wirtschaftliche Einheit in Oberschlesien den Antrag stellt, das gesamte ober-schlesische Abstimmungsgebiet dem Reiche zuzuschreiben.

Die deutsche Regierung stellt den Antrag in der letzten Überzeugung, daß Oberschlesien ebensoviele ein deutsches Land wie Deutschland ohne Oberschlesien, und nicht in der Lage sein würde, sich wirtschaftlich zu erheben und seine Leistungsfähigkeit wiederzugewinnen.

Jede andere Lösung würde aus dem Friedensvertrag zuwiderlaufen, der im Gegensatz zu den Vorläufen über die Abstimmung in Schlesien eine Teilungsmöglichkeit nicht vorsieht.

Die Note fährt dann fort: Da die Auteilung des gesamten ober-schlesischen Gebietes an Deutschland eine harte politische Minorität in diesem Teile des Reiches befehlen wird, so ist die deutsche Regierung bereit, der polnischen Regierung alle Garantien zu geben, die zum Schutze der Minderheit für erforderlich erachtet werden. Sie glaubt in dieser Angelegenheit darauf hinweisen zu sollen, daß bei der Befragung durch den polnischen Staat eine weit größere Minderheit, von über 600 000 Deutschen, von Deutschland losgerissen würde. Die deutsche Regierung würde sich ferner verpflichtet fühlen unter vorzugsweisen Bedingungen die für seine Wirtschaft erforderlichen Kohlen aus Oberschlesien zu liefern, solange das überaus reiche polnische Kohlengebiet noch nicht erschlossen ist. Die deutsche Regierung würde auch bereit sein, weitgehende Hilfe bei der Erschließung der im polnischen Gebiet liegenden polnischen Bodenschätze zu leisten. Der Antrag der deutschen Regierung wird begründet in fünf zum Teil sehr umfangreichen Anlagen. In diesen wird auseinandergesetzt, daß sich zwei Drittel der Einwohner Oberschlesiens bei der Abstimmung dafür entschieden haben, beim Deutschen Reich zu verbleiben.

Deutsche Stimmen überwiegen

In den Sammelpunkten der Intelligenz, in Landräden mit fortgeschrittener landwirtschaftlicher Kultur sowie in Ortschaften des hochentwickeltesten Industriegebietes. Die Sprachenfrage sei bei der Abstimmung nicht berücksichtigt zum Ausdruck gekommen, obwohl 60 Prozent der ober-schlesischen Bevölkerung den ober-schlesisch-polnischen Dialekt als ihre Muttersprache haben, hätten nur 40 Prozent für Polen gestimmt. Gestützt auf eine große Anzahl einwandfrei belegter Einzelfälle wird in einer fast 500 Druckseiten umfassenden Anlage nachgewiesen, welche Bevölkerung und welcher Terror seitens der Polen auf die Bevölkerung während der Abstimmungsperiode ausgeübt worden sind.

Wenn also trotz Mittel schlesischer Propaganda und Terrorismus eine Zweidrittelmehrheit für Deutschland gestimmt habe, so beweist das, daß der klare Wille des ober-schlesischen Volkes ist, zum Deutschen Reich zu gehören. In zwei weiteren Anlagen wird begründet, daß Oberschlesien ein einheitliches Ganzes bildet und einen so komplizierten Organismus darstellt, daß bei einem gewaltsamen Eingriff das Gebiet schwer geschädigt würde und etwa losgelöste Teile der Verelendung preisgegeben würden. Die Berücksichtigung der Wünsche der polnischen Minderheit dürfe nicht dazu führen, daß zum Schaden des Ganzen die Gemeinschaft zerrissen wird. Die deutsche Regierung macht deshalb die eingangs erwähnten Vorschläge zum Schutze der polnischen Minderheit.

Das Rhein-Zollgebiet.

Die Linienführung der Zollgrenze.
Neuersehr, daß an den britischen Vertretern der Rhein-Kommission telegraphisch Instanzen ergangen sind, sofort die wirtschaftlichen Vorkehrungen bescha-

nach des Zollregimes in der vom Vorkriegszeitrat beschlossenen Weise in Tätigkeit treten zu lassen.

Nach einer Meldung des offiziösen Organes der Interalliierten Rheinlands-Kommission in Koblenz ließen die Städte Duisburg und Ruhrort außerhalb des neuen Zollbezirks. Die Zollgrenze folgt der Grenze des Brückenkopfes Köln und schließt in einem Bogen von wenigen Kilometern Radius die Stadt Düsseldorf ein. Nach Norden folgt sie dem Rhein. Die Brückenköpfe Mainz und Koblenz fallen innerhalb des Zollbezirks, ebenso das kleine Pfaffenhafen zwischen dem Brückenkopf Mainz-Koblenz, dagegen nicht der große zwischen dem Brückenkopf Koblenz-Köln.

Aber die Zollfrage, die uns auf diese Weise abgezwungen werden sollen, verläuft zunächst noch nichts Genaueres.

Entpolitifizierung der Reichswehr.

Was den Soldaten verboten ist.
Der Reichswehrminister hat eine Verfügung erlassen, in der er auf Grund des Wehrgesetzes allen Soldaten verbietet:

1. die Teilnahme an politischen Versammlungen; Versammlungen, die zu einem nichtpolitischen Zweck einberufen sind, aber im Verlauf der Verhandlungen die Einbeziehung zuwider sich mit politischen Angelegenheiten befassen, hat jeder Soldat sofort zu verlassen, sobald ihm diese Änderung des Zweckes erkennbar wird;
2. die Zugehörigkeit zu politischen Vereinen. Politisch ist ein Verein, wenn er eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (§. 3 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908, Reichsgesetzl. S. 151). Eine solche Einwirkung auf politische Angelegenheiten liegt schon dann vor, wenn das Bezielen des Vereins darauf gerichtet ist, die Gesetzgebung oder Verwaltung des Reiches oder der Länder zu beeinflussen. Die in den Vereinsstatuten enthaltenen Angaben über die Zwecke des Vereins sind hierbei allein nicht ausschlaggebend, es kommt vielmehr auch auf die Tätigkeit an, die der Verein tatsächlich, sei es auch im Widerspruch mit den Satzungen, ausübt.

In den politischen Vereinen, denen die Soldaten nicht angehören dürfen, zählen hiernach beispielsweise: a) sämtliche Organisationen der politischen Parteien, also sowohl die Zentralverbände wie auch die Landes- und Ortsgruppen, b) der Nationalverband deutscher Offiziere, c) der Verband nationalgesinnter Soldaten, d) der republikanische Führerbund, e) die Offiziersvereinigung der deutschen Republik.

Generalstreik in England beschlossen.

Eine letzte Besprechung.
In unmittelbarer Nähe ist die Lohnfrage des gesamten öffentlichen Verkehrslebens in England gerückt. Eisenbahn- und Transportarbeiter haben nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Regierung und Arbeiterorganisationen beschlossen, in den Ausstand zu treten. Dieser Beschluß soll allerdings erst in Kraft treten, wenn die Freigabe früh begonnener abermaliger Besprechungen der Grundarbeiter und Grundbesitzer ergebnislos verlaufen.

Diese zweite Vermittlungsaktion geschah auf Betreiben Lloyd Georges. Der Arbeiterabgeordnete Thomas hat im Namen der Eisenbahnarbeiter in einer öffentlichen Erklärung keine Zweifel darüber gelassen, daß Lohdarbeiter und Transportarbeiter vermutlich für Sonntag mitternoch die Streikparole ausgeben werden, wenn keine erfolgsversprechenden Verhandlungen mit den Vergarbeitern bis dahin angebahnt sind. Da im Falle eines allgemeinen Verkehrsstreiks außer der Million streikender Vergarbeiter eine weitere Million Eisenbahnarbeiter und Transportarbeiter in den Streik treten, hat die Regierung besondere Vorsichtsmaßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe angeordnet. Sämtliche Schenkstätten sollen in allen Industriegebieten geschlossen werden. Es sind ferner umfangreiche Vorbereitungen getroffen, um dem Ausfall des Omnibus- und Straßenbahnverkehrs durch Einrichtung von Lokantoverkehrslinien zu begegnen.

Politische Rundschau.

Der Volksentscheid.
Nach dem vom Reichsrat genehmigten Geschenkvertrag über den Volksentscheid findet ein solcher statt: Erstens, wenn der Reichspräsident den Entschluß über ein vom Reichsrat beschlossenes Gesetz binnen einem Monat nach

der Beschlußfassung anordnet. Zweitens, wenn ein Drittel des Reichstages verlangt hat, daß die Verfertigung eines Reichsgesetzes um zwei Monate ausgesetzt werde und innerhalb der Frist ein Zwanzigstel der Stimmberechtigten den Volksentscheid beantragt hat. Drittens, wenn ein Zehntel der Stimmberechtigten die Verfertigung eines Gesetzentwurfs begehrt hat und der begehrtete Gesetzentwurf im Reichstage nicht unverändert angenommen worden ist. Viertens, wenn der Reichspräsident bei Meinungsverschiedenheit zwischen Reichstag und Reichsrat über ein vom Reichstage beschlossenes Gesetz den Volksentscheid darüber anordnet. Fünftens, wenn der Reichstag entgegen dem Einspruch des Reichsrates eine Verfassungsänderung beschlossen hat und der Reichsrat binnen zwei Wochen dem Volksentscheid verlangt.

Es geht Deutschland „an den Kragen“.

Im französischen Senat sagte Kriegsminister Warthon, wenn das besetzte Deutschland den Frieden nicht sicherstellen wolle, werde es fühlen, daß Frankreich die Macht habe. Er habe die „gefährliche Ehre“, wenn es nötig wäre, die Hand zu führen, die Deutschland, nach dem Wort des Ministerpräsidenten, am Kragen packen werde. Aber er habe alle Aktionsmittel in der Hand. Schließlich behauptete der Kriegminister, aus den Berichten des Generals Nollet gehe hervor, daß Deutschland eine Politik des Widerstandes und des schlechten Willens verfolge.

Wilson und Deutschlands Kriegsschuld.
In seiner Ansprache an den Städtischen Frauenklub in Cincinnati (Ohio) erklärte Wilson am 26. Oktober 1918 über den Anlaß zum Kriege folgendes: „Ist Ihnen jemals bekannt geworden, was den gegenwärtigen Krieg hervorgerufen hat? Wenn ja, so wünsche ich, daß Sie es veröffentlichten, denn soweit ich unterrichtet bin, hat noch niemand es bekanntgemacht. Mein besonderer Anlaß hat ihn hervorgerufen, sondern die Gesamtheit der Umstände. Ein gegenseitiges Mißtrauen war in Europa entstanden, ein gegenseitiger Argwohn bezüglich der Handlungen dieser und jener Regierung, eine Verfristung in Bündnisse und Verständigungen, ein enges Netz von Klauen und Spionage, das mit Sicherheit die ganze Menschheitsfamilie jenseits des Wassers in seine Netze fangen mußte.“ Und Herr Harding verlangt, daß Deutschland die moralische Verantwortung für den Krieg allein auf sich nimmt?

Keine Gasmasken für die Reichswehr.

Die Entente hat der Reichsregierung mitteilen lassen, daß die Reichswehr keine Gasdruckmasken oder sonstige Schutzeinrichtungen gegen Gasangriffe besitzen darf. Die Reichsregierung wird der Entente auf diese neue im Friedensvertrage nicht begründete Forderung in Kürze eine eingehende Antwort zugehen lassen, in der diese Forderung zurückgewiesen wird. Schutzeinrichtungen sind keine Angriffswaffen. Darf sich Deutschland auch nicht einmal mehr verteidigen, wenn es angegriffen wird?

Eine Frau als Alterspräsidentin.

Im neugeählten Landtag in Schwerin führte zum erstenmal in einem deutschen Parlament eine Frau, die Abg. Gräfin Bernstorff, als Alterspräsidentin den Vorsitz. Von den 67 Abgeordneten waren 68 zugegen. Die Wahl des Präsidenten ergab die Wiederwahl des Abg. Köhler (Soz.) mit 64 Stimmen. Zu stellvertretenden Präsidenten wurden gewählt die Abg. Burchardt (Deutschnat.) und Geyhropel (Deutsche Sp.).

Maßregelung kommunistischer Lehrer.

Durch Verfügung der weimarerischen Regierung ist der kommunistische Oberlehrer Dr. Neubauer vom Amte suspendiert worden, ebenso der Bürgerschullehrer Zimmermann von der Kublaer Realschule, deren Verhalten vor einigen Tagen die Schließung der Schule veranlaßt hatte. Zimmermann hat, ebenso wie Dr. Neubauer, durch seine kommunistische Agitation unter den Schülern der Realschule die Empörung der Eltern wachgerufen.

Türkei.

× Katastrophale Niederlage der Griechen. Die neuesten Meldungen besagen, daß der Mißerfolg der Griechen bei Gallipoli den Umfang einer Katastrophe annimmt. Sie verloren 8000 Mann und viele Offiziere. Der Rückschlag verursachte in Athen große Niedergeschlagenheit. Als Grund des Mißerfolges wird die Unkenntnis über die tatsächlichen Kräfteverhältnisse und der Wegnahme der Offiziere, die nach der Rückkehr König Konstantin aus dem Dienst ausgeschieden, angegeben.